

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 13. März 2018

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Hofschuster, Thomas

ab 17:40 Uhr

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Olschowsky, Christian

Vertretung für StRin Christine Eger

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

bis 19:20 Uhr

Sengl, Manfred Dr.

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dufner, Monika

zu TOP 2

Schmeiser, Beatrix

Abwesende und entschuldigte Personen:

Eger, Christine

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

- | | | |
|-------|--|-------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Projektbericht Stadtbeete Puchheim | |
| TOP 3 | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: a) Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Fassung des Billigungsbeschlusses | 2018/0633 |
| TOP 4 | Antrag von Stadträtin Ponn auf Ausarbeitung eines Konzepts zur Lösung des Problems von dauerparkenden "Großfahrzeugen" (zur Bürgerversammlung am 8. November 2017) | 2017/0580/1 |
| TOP 5 | Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wähler auf Ertüchtigung der Einmündung Mitterlängstraße in die St. 2069 | 2018/0632 |
| TOP 6 | Verkehrsanbindung Freiham
Bericht | |
| TOP 7 | Bekanntgaben | |
| TOP 8 | Verschiedenes | |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:30 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 05.12.2017 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

TOP 2 Projektbericht Stadtbeete Puchheim

Der Vorsitzende erläuterte, dass es sich bei den Stadtbeeten um ein sehr erfolgreiches Projekt der Stadt handle und übergab das Wort an Frau Dufner. Frau Dufner gab zunächst einen Rückblick auf das Projekt, das 2016 mit einer ganzen Menge Maßnahmen und Ideen verteilt über ganz Puchheim gestartet sei. Anschließend berichtete sie über die 2017 durchgeführten Maßnahmen. Sehr gut angenommen werde z. B. die Hochzeitswiese, bei der es im letzten Jahr drei Pflanzaktionen für 16 Obstbäume gegeben habe. Nach der nächsten Pflanzaktion mit drei weiteren Bäumen sei die Fläche bereits voll. Ein Erfolgsmodell sei auch der Puchheimer Stadthonig, der von den Bienen an der Hochzeitswiese gewonnen werde. Seit letztem Jahr könne dieser auch an der Zentrale erworben werden und werde an Puchheimer Hochzeitspaare verschenkt. Bei der vom Bund Naturschutz betreuten Fläche im südlichen Bereich der Sprengerinstraße sei eine Bienenweide zur Förderung der Biodiversität angelegt worden. Von Kindern der Schule Süd seien dort ein Insektenhotel aufgestellt und Blumenzwiebeln gesetzt worden. Der zentrale Bürgergarten sei noch um zwei mit Rhabarber und Erdbeeren bepflanzte Betonpflanzringe ergänzt worden. Dieser Bereich werde von sehr engagierten Bürgern betreut. Der Bürgeracker am Büchlweg sei 2017 von 10 Familien genutzt worden; für dieses Jahr konnten 7 weitere Familien gewonnen werden. Damit sei die Kapazität der Fläche ausgeschöpft. Beim interkulturellen Garten sei noch nicht geklärt, wie lange diese Fläche beim Gymnasium noch zur Verfügung stehe. Nach dem Auszug der Asylbewerber aus der Schulturnhalle sei das Projekt vom Kindergarten AWO übernommen worden. Auch das Projekt Selbsternteacker der Landwirte werde 2018 auf einer neuen Ackerfläche fortgeführt. Im letzten Jahr hätten sowohl Bürger vor Ort ernten können, als auch Kartoffeln am Ökomarkt verschenkt und an die Tafel abgegeben werden können. Neu gewonnen werden konnte das Haus Elisabeth, bei dem ein Hochbeet aufgestellt worden sei. Zusätzlich hätten Jugendliche im JUZ zwei Tischbeete für das Haus Elisabeth gebaut und aufgestellt. Auch ein eigenes Hochbeet für das JUZ sei gebaut und ein Insektenhotel aufgestellt worden. Aus den gemeinsamen Kochaktionen im Quartiersbüro werde in diesem Jahr ein Kochbuch entwickelt. Zusätzlich habe es viel Öffentlichkeitsarbeit, wie z. B. beim Agenda Frühstück und dem Ökomarkt gegeben. Das Begleitprogramm habe z.B. Kräuterveranstaltungen und eine Radtour umfasst. Zusammenfassend könne sie feststellen, dass sämtliche Teilprojekte noch existieren würden. Das Engagement der Beteiligten sei nach wie vor sehr hoch. Sehr positiv sei auch die Verknüpfung und Unterstützung zwischen den verschiedenen Akteuren und Bereichen. Leider sei das dauerhafte Engagement der Schulen zurückgegangen. Hinsichtlich Vandalismus habe es nur kleinere Vorfälle gegeben, wie z. B. eine Bema- lung eines Brunnens oder eine verschmierte Tafel. Bei der Kräuterspirale an der Tannenstraße seien

aber schon mehrmals die kompletten Kräuter ausgegraben worden. Für dieses Jahr angedacht seien u.a. weitere Projekte zum Thema Bienen, ein Stationenpfad zur Verknüpfung zwischen Puchheim-Ort und Puchheim-Bahnhof, ein Projekt mit dem evtl. Waldkindergarten sowie ein Filmprojekt über die Stadtbeete durch den neuen Kollegen des Quartierbüros. Man sei auf der Suche nach neuen Flächen für eine weitere Hochzeitswiese und einen weiteren Bürgeracker. Hierzu erläuterte sie anhand von Luftbildern verschiedene Optionen (z.B. städtische Flächen nördlich der Allinger Straße oder im Bereich der Nordendstraße). Abschließend gab Frau Dufner noch bekannt, dass die Stadt im Rahmen des Sonderwettbewerbs „Soziale Natur – Natur für Alle“ der UN Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden sei und man damit ein entsprechendes Qualitätssiegel tragen dürfe.

StR Leone stellte fest, dass es sehr erfreulich sei, dass aus dem zarten Pflänzchen „Essbare Stadt“ ein großer Garten geworden sei. Wichtig sei dabei auch, dass das Projekt nicht nur einen biologischen und ökologischen sondern auch einen sozialen Effekt habe. Es wäre gut, wenn man auch die Schulen wieder etwas mehr einbinden könnte. Schön sei es auch, dass die von ihnen im Haushalt eingebrachten Projekte zu Wildbienen und auch der Rückbau des Fußweges beim Planieweg einbezogen würden. Ein ganz großer Dank gehe an Frau Dufner und das gesamte mit dem Projekt Stadtbeete befasste Team der Stadtverwaltung, insbesondere auch an Herrn Köhn und seine Mitarbeiter im Bauhof. Sein Dank gehe an alle Beteiligten, die sich hier mit großem Engagement einbringen.

StRin Wiesner freute sich, dass das Projekt so gut laufe und die Leute dabei geblieben seien. Die Big Bags würden allerdings zum Teil nicht mehr so gut aussehen; hier müsse man was tun.

Frau Dufner berichtete, dass die durch die Baustelle am Gernerplatz beschädigten Big Bags entfernt, aber andere evtl. wieder aufgefrischt würden. Frau Saatz habe sich hierzu schon bereiterklärt. Möglicherweise könne man auch ein Teil der Big-Bag-Standorte durch Hochbeete ersetzen.

StR Keil sagte Dankeschön an alle Beteiligten, insbesondere an Frau Dufner, die das Projekt gut organisiere. Man merke auch, dass sich das Konzept zu einem hervorragenden pädagogischen Projekt entwickelt habe. Er habe z. B. schon miterlebt, dass Kinder ihre Eltern erziehen. Er rege an, noch mehr Projekte mit Erlebnischarakter einzubinden. Vielleicht gelinge ein Projekt mit den Landwirten, um die Landwirtschaft und die Natur für Kinder erlebbar zu machen. Hinsichtlich des Bürgerackers bringe er die Idee ein, dass auch Flächen für eine Dreifelderwirtschaft mit einer Größe von je ca. 100 m² zur Verfügung gestellt werden. Er denke hier an die Wiese am Eichbühlweg.

Der Vorsitzende wies noch darauf hin, dass man bei der Auswahl von Flächen, wie z. B. für die Anlage von Hochzeitswiesen, vorsichtig sein und bedenken müsse, dass diese Flächen dann auf Dauer besetzt seien und nicht mehr anderweitig genutzt werden könnten. Weitere Flächen im Norden fände er sehr positiv. Zu den Big Bags erklärte er, dass er diese für einen guten Aufmerksamkeitserreger halte und aufgrund ihrer flexiblen Nutzbarkeit für ihn durchaus eine weitere Einbindung in das Projekt vorstellbar sei.

StR Pürkner ergänzte, dass die Auswahl von weiteren Flächen für Projekte, die auf unbestimmte Zeit Bestand haben würden, mit der Flächennutzungsplanung abgestimmt werden müsse.

Der Vorsitzende bedankte sich zum Abschluss der Beratung im Namen der Stadt bei den Akteuren.

TOP 3 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: a) Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Fassung des Billigungsbeschlusses

Der Vorsitzende ging zunächst kurz auf das bisherige Verfahren ein. Dabei verwies er insbesondere auf die letzte Beratung, bei der beschlossen worden sei, nicht mehr an der Festlegung der Zahl der Wohneinheiten festzuhalten und die Grundflächen flexibler zu gestalten. Anschließend wurde anhand der Beschlussvorlage Nr. 2018/0633 über die während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen beraten und abgestimmt. Die Beschlussvorlage ist Bestandteil dieser Niederschrift; die Abstimmungsergebnisse sind darin in Fettdruck eingesetzt.

Hinsichtlich der Stellungnahmen der Behörden gab es keine Rückfragen. Zur Stellungnahme aus der Öffentlichkeit wurden verschiedene Aspekte näher erläutert und beraten. Insbesondere wurde auf die detaillierte Bestandserhebung als Voraussetzung für die Überplanung und die vorgesehene Erhaltung der Siedlungsstruktur und Eigenart des Wohnquartiers eingegangen. Es wurde festgestellt, dass im Gebiet noch erhebliches Entwicklungspotential besteht. Zudem wurden verschiedene Abweichungen und atypische Häuser erläutert. Insgesamt liegen die bestehenden Gebäude, absehen von verschiedenen Abweichungen zu unterschiedlichen Festsetzungen, im Rahmen des Bebauungsplanes. Alle Beschlussvorschläge wurden jeweils mit 13 : 0 Stimmen einstimmig befürwortet.

Anschließend erläuterte der Vorsitzende, dass es im Hinblick auf die Herausnahme der Wohnungsbegrenzung noch die Frage gebe, inwieweit die Tiefgaragen im reinen Wohngebiet zugelassen werden sollen. Die eine Möglichkeit sei, diese nur innerhalb der vorgesehenen Baugrenzen und innerhalb der zulässigen Grundfläche zuzulassen. Eine weitergehende Regelung wäre, Tiefgaragen auch außerhalb der Baugrenzen bis zu einer GRZ von 0,50 zuzulassen. Frau Reichel gab als Beispiel an, dass bei einem Grundstück mit 1.200 m² für zwei Hauptgebäude eine Grundfläche von 280 m² zur Verfügung stehe, die u.a. für Garagen, Stellplätze und Zufahrten bis auf 420 m² überschritten werden könne. Bei einer GRZ von 0,50 könne die Grundfläche für die Tiefgarage auf bis zu 600 m² vergrößert werden. StRin Dr. Matthes gab zu bedenken, dass dann ggf. unerwünscht viele Wohneinheiten errichtet würden, da in entsprechend großen Tiefgaragen viele Stellplätze untergebracht werden könnten. StR Leone sprach sich ebenfalls für Tiefgaragen innerhalb der Baugrenzen aus. StR Pürkner befürwortete die Zulassung von Tiefgaragen auch außerhalb der Baugrenzen. Der „normale“ Bauherr für Einfamilien- und Doppelhäuser würde seiner Ansicht nach in Anbetracht der Kosten keine Tiefgaragen errichten. StR Dr. Koch hielt es für problematisch, wenn zwei Tiefgaragen mit zwei Zufahrten entstehen würden. Hier gebe es dann sehr unschöne Grundstücksgestaltungen. Man solle überlegen, jeweils nur eine Tiefgarage pro Grundstück zuzulassen. Dieser Vorschlag wurde von den übrigen Mitgliedern nicht aufgegriffen.

Der Vorsitzende stellte anschließend die Alternative 2 als weitergehende Variante hinsichtlich der Tiefgaragenfestsetzung zur Abstimmung:

Tiefgaragen werden im reinen Wohngebiet auch außerhalb der Baugrenzen bis zu einer GRZ von max. 0,50 zugelassen. Der Bebauungsplanentwurf ist entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis 11 : 2

Abschließend wies der Vorsitzende darauf hin, dass der Bebauungsplan nach der Billigung in der nächsten Stadtratssitzung erneut öffentlich ausgelegt und die Behörden erneut beteiligt würden. Im Anschluss an die eingehende Beratung fasste der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschlussvorschlag

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Vom Ergebnis der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 49 wird Kenntnis genommen.
2. Die vom Planungs- und Umweltausschuss gefassten Einzelbeschlüsse zu den Anregungen und Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen und bestätigt. Der Bebauungsplan wird entsprechend geändert und erhält das Plandatum 13.03.2018.
3. Der Bebauungsplan Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße mit Begründung in der Planfassung vom 13.03.2018 wird gebilligt.
4. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan Nr. 49 gem. § 4a Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB erneut einzuholen.

Abstimmungsergebnis 13 : 0

TOP 4 Antrag von Stadträtin Ponn auf Ausarbeitung eines Konzepts zur Lösung des Problems von dauerparkenden "Großfahrzeugen" (zur Bürgerversammlung am 8. November 2017)

Der Vorsitzende erinnerte zunächst daran, dass sich StRin Ponn dieses Antrages angenommen habe und die Beratung von der Sitzung von Dezember auf diese Sitzung vertagt worden sei. Seitens der Verwaltung werde vorgeschlagen, dem Antrag nicht zu folgen und kein Konzept auszuarbeiten. Seiner Ansicht nach würde man das Problem damit nur verschieben. Der dauerparkende ölverlierende Lkw sei inzwischen entfernt worden.

StR Dr. Matthes stellte die Frage, ob solche Großfahrzeuge abgeschleppt werden könnten, wenn sie so abgestellt seien, dass sie eine erhebliche Sichtbehinderung und damit eine Gefahr für den Straßenverkehr bilden würden. Nachdem dies verneint wurde, teilte sie mit, dass sie jetzt noch keinen Antrag im Hinblick auf zu erwartende künftig an problematischen Stellen parkende Großfahrzeuge stellen werde. Man solle diese Stellen aber im Auge behalten und Lösungen suchen, wie z. B. in der Gröbenzeller Straße geschehen.

StRin von Hagen ergänzte, dass grundsätzlich jedes Fahrzeug ein Hindernis bzw. eine Sichtbehinderung darstelle, unabhängig von der Größe.

StRin Ponn berichtete, dass sie selbst jahrelang Wohnmobilfahrerin gewesen sei und die Problematik bei der Suche nach einem Abstellort kenne. Sie erkundigte sich, ob es möglich sei, dass Landwirte auf ihrem Feld Wohnmobile aufstellen lassen. Dies wurde vom Vorsitzenden und Frau Reichel verneint. Im Außenbereich sei eine solche Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen nicht möglich.

StR Dr. Koch verwies auf die gewerbliche Abstellfläche in Gröbenzell. Er wisse allerdings nicht, inwieweit diese baurechtlich einwandfrei sei. Anknüpfend an die Ausführungen von StRin Dr. Matthes wies er darauf hin, dass es auch in der Lagerstraße dauerparkende Lastwagen und Anhänger gebe, die den Verkehr behindern und gefährden. Insbesondere bestehe die Problematik beim Busverkehr. Gegebenenfalls müsse man auch dort mit Halteverböten, wie sie in der Gröbenzeller Straße schon vorhanden seien, nachbessern. Dort sei nur das Parken von Pkw frei.

StR Stricker berichtete, dass die Verwaltung schon seit längerem versuche, über die Möglichkeiten der StVO zu regeln, das Dauerparken möglichst gering zu halten. Die Politessen würden diese Fahrzeuge regelmäßig überprüfen und nach 14 Tagen auch Strafzettel ausstellen. Allerdings würden diese 10 Euro von manchen Fahrzeughaltern in Kauf genommen und dann einfach bezahlt.

Nach eingehender Beratung fasste der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschlussvorschlag

Der Antrag auf Ausarbeitung eines Konzeptes zur Lösung der Dauerparkprobleme von Großfahrzeugen in Puchheim wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 5 Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wähler auf Ertüchtigung der Einmündung Mitterlängstraße in die St. 2069

StRin von Hagen erläuterte den Antrag ihrer Fraktion näher. Ihr sei bewusst, dass eine Lösung für die Einmündung nicht einfach umzusetzen sei und auch etwas kosten werde. Sie ging u. a. darauf ein, dass die Verkehrsbelastung in der Augsburger Straße nach der Verkehrszählung zwischen 5.700 und 7.550 Autos betrage und die Ampel dort relativ kurz geschaltet sei. Von der Mitterlängstraße würden 1.600 Fahrzeuge, das seien 67 Autos in der Stunde, ein- bzw. ausfahren. In der Eichenauer Straße würden derzeit bereits 23.950 Fahrzeuge und damit umgerechnet 17 pro Minute fahren. Wenn die Umfahrung Olching komme, würden noch zusätzliche 700 bis 800 Fahrzeuge erwartet. In den Stoßzeiten müsse man teilweise 10 Minuten warten, um in die Eichenauer Straße einbiegen zu können. Teilweise würden auch Umwege gefahren, um nicht dort links abbiegen zu müssen. Auch für das Gewerbe sei die Situation nicht gut. Eine Ertüchtigung der Kreuzung sei daher dringend notwendig, weshalb der Antrag hinsichtlich des Kreisverkehrs bzw. einer Ampellösung gestellt worden sei. Den beantragten Radweg würden sie für eine gute Ergänzung halten.

Der Vorsitzende erinnerte kurz an bisherige Beratungen und Planungen zu einem Kreisverkehr an der Einmündung der Mitterlängstraße. Im Bebauungsplanentwurf für das Sondergebiet Einkauf sei beispielsweise in der ersten Planfassung ein Kreisverkehr enthalten gewesen. Man hätte damals nach

zunächst erfolgter Ablehnung eines entsprechenden Umbaus nach weiteren Verhandlungen wohl doch noch eine Zustimmung des Straßenbauamts als Straßenbulasträger der Staatsstraße erhalten können. Allerdings sei die Umsetzung eines Kreisverkehrs an den Grundstücksverhandlungen gescheitert. In der Folgezeit habe es weitere Beratungen zu dieser Kreuzungssituation gegeben.

StR Leone bestätigte, dass das Thema in der Tat schon sehr alt sei. Das Problem sei auch, dass es sich um eine Staatsstraße handle. Eine Frage sei, ob an dieser Stelle aufgrund der Verkehrsbelastung ein Kreisverkehr überhaupt möglich sei, d. h. ob dieser den Verkehr in der vorhandenen Dimension überhaupt aufnehmen könne. Im Rahmen der Stellungnahme seiner Fraktion zur Verkehrsuntersuchung habe man auch die Einmündung der Hügel- und Augsburgs Straße angesprochen. Die Situation sei bei beiden Kreuzungen nicht gut. Man müsse die Frage des Kreisverkehrs auf jeden Fall im Kontext mit der Augsburgs Straße sehen. Seiner Ansicht nach werde das Straßenbauamt auch nicht zwei in kurzem Abstand aufeinanderfolgende Kreisverkehre zulassen. Zu bedenken sei auch, ob es bei einer Änderung evtl. auch für die Leute aus den Nebenstraßen noch schwieriger werden würde.

StR Keil erklärte, dass er der Situationsbeschreibung zustimme. Hier sei eine baldige Lösung notwendig. Seiner Ansicht nach wäre ein Kreisverkehr schon aufgrund der erforderlichen Grundstücke eine sehr langfristige Sache. Eine schnelle Umsetzung sehe er nur bei einer Ampellösung, wobei die Ampel dann synchron mit der an der Hügelstraße geschaltet werden sollte. Bei einem Kreisverkehr sehe er auch das Problem, dass dieser bei viel Verkehr ebenfalls dicht sei, so dass man aus den Seitenstraßen wiederum kaum hineinkomme. Eine Ampel hätte noch den Vorteil, dass sie bei weniger Verkehr ausgeschaltet werden könnte. Es sei daher zu überlegen, ob man nicht gleich auf eine Ampellösung hinausgehe.

StR Dr. Sengl teilte mit, dass er sich beide Lösungen vorstellen könne, vor allem, wenn man die Ampel synchron zur Kreuzung Augsburgs Straße schalten würde. Für den Fahrradweg sehe er dagegen keinen Bedarf. Ein Fahrradweg für ein Teilstück entlang einer Staatsstraße mit künftig über 30.000 Fahrzeugen sei unattraktiv und daher verzichtbar. Er bitte darum, hierüber getrennt abstimmen zu lassen.

StR Stricker vertrat ebenfalls die Meinung, dass eine Lösung her müsse, damit sich die Bewohner des Quartiers in den Verkehr einfädeln können. Als Fahrradweg halte er den Laurenzweg für besser geeignet, um den Fahrradverkehr abzuwickeln. Er schlage vor, mit dem Straßenbauamt in Kontakt zu treten und dieses Vorschläge machen zu lassen, wie man die Kreuzungsproblematik lösen könne.

StRin Dr. Matthes stellte fest, dass eine Lösung gebraucht werde, die funktioniere. Ein Kreisverkehr an dieser Stelle müsse vermutlich sehr groß sein, damit er auch funktioniere. Hier müsse man prüfen, ob das überhaupt zu realisieren sei. Aus ihrer Sicht sei es aber schwierig, isoliert über diese Kreuzung zu entscheiden. Eine Ampellösung könne sich auch schnell zu einem Schildbürgerstreich entwickeln. Man solle die Möglichkeiten in einem gemeinsamen Konzept mit den verschiedenen Kreuzungen- und Kreiselbedürfnissen entlang der Staatsstraße betrachten.

StR Hofschuster schickte voraus, dass er an dieser Stelle zu wenig oft vorbeikomme, um sich eine repräsentative Meinung zu bilden. Er denke aber auch, dass dort ein Kreisverkehr nur sehr schwer zu realisieren sei. Die grundsätzliche Frage sei aber, ob ein Kreisverkehr das geeignete Mittel für diese Kreuzung sei. Aus seiner Sicht würde ein Kreisel dort nur dazu dienen, dass die Autofahrer gezwungen würden, abzubremesen. Dies könne man auch anders hinbekommen. Er könne sich vorstellen, dass man sich eine Ampellösung mal näher anschau.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass z. B. morgens im Berufsverkehr die Geschwindigkeit nicht das Problem sei. Trotzdem sei die Situation problematisch. Er schlage vor, die Fragen ans Straßenbauamt weiterzugeben.

StRin von Hagen zog den Antrag hinsichtlich des Fahrradwegs entlang der Eichenauer Straße zurück.

Der Vorsitzende erkundigte sich bei der Antragstellerin, ob man den Antrag dahingehend ändern könnte, dass man Kontakt mit dem Straßenbauamt aufnimmt, um eine grundsätzliche Beratung zur Ermöglichung einer Ertüchtigung der Einmündung der Mitterlängstraße in die Staatsstraße 2069 zu erzielen. StRin von Hagen stimmte dem grundsätzlich zu. Dies müsse sich auch auf Ampellösungen erstrecken und im Zusammenhang mit dem gesamten Verkehr im Bereich Puchheim-Ort einschließlich der Einmündungen Hängelstraße und Augsburgsberger Straße stehen.

StR Leone wies nochmals darauf hin, dass es im Zusammenhang mit den Verkehrsuntersuchungen auch andere Ideen der Fraktionen gegeben habe. Über diese sei noch nicht entschieden worden. Wenn man über die Staatsstraße 2069 spreche, sollte man auch diese anderen Überlegungen, wie z. B. die Vorschläge für den Kreisverkehr an der FFB 11, mit aufnehmen und daher die Beratungen etwas zurückstellen. Es sollten alle Ideen und alle Gesichtspunkte zur Staatsstraße auf dem Tisch liegen und zusammen diskutiert werden.

StRin von Hagen erklärte sich mit einer Zurückstellung einverstanden, die Beratungen sollten allerdings vor den Sommerferien stattfinden.

Im Anschluss an die eingehende Diskussion ließ der Vorsitzende über die Zurückstellung des Antrages mit dem Ziel einer Beratung über alle Stellungnahmen und Ideen für die gesamte Staatsstraße abstimmen. Bis dahin werde auch versucht, vom Straßenbauamt Grundlagen hierfür zu erlangen.

Die Beratung über den Antrag wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 6 Verkehrsanbindung Freiham Bericht

Planungsreferent Dr. Koch berichtete über eine Veranstaltung zur Verkehrsanbindung Freiham. Das Baugebiet Freiham sei inzwischen für rund 25.000 neue Einwohner geplant. Anhand von Fotos erläuterte er die Informationen zur Anbindung von Freiham-Nord an Aubing und dann weiter sowie die neuen Quartiere in Aubing. Es solle eine Unterführung der Bahnlinie von der Aubinger Allee zum Germeringer Weg erfolgen. Zudem sei eine Tram- und U-Bahn-Verbindung vorgesehen. Der Bahnhof Aubing erhalte zwei Außenbahnsteige. Eine weitere Anbindung sei entlang einer neuen Potentialfläche westlich des Bahnhofs Aubing vorgesehen, die dann auch zur Eichenauer Straße und in Verlängerung zum Aubinger Weg führe.

TOP 7 Bekanntgaben

Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Skulptur „Durchblick“ von einem Pilz befallen und nicht mehr standsicher sei. Deshalb müsse diese abgebaut werden. Die Skulptur sei auch nicht mehr zu sanieren. Der Künstler sei informiert. Zu klären sei noch, wie es mit diesem Standort für eine Skulptur weitergehe.

TOP 8 Verschiedenes

StR Hofschuster erklärte, dass es für ihn nicht nachvollziehbar sei, warum in Sachen Böhmerweiher nichts weiter gehe. Er bitte um einen Sachstandsbericht bzw. darum, in München nachzufragen.

Der Vorsitzende erklärte, dass für den 11.04. ein Termin vereinbart sei, bei dem Herr Besenthal die aktuelle Planung im Rathaus vorstelle. Dann gehe es darum, die Planung untereinander abzustimmen.

StR Dr. Koch erkundigte sich, ob es in Sachen Radverkehrsverbindung nach München Fortschritte gebe.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der Korridor 13 hinsichtlich der Radschnellwege in den nächsten Schritt der Machbarkeitsstudie aufgenommen werden solle. Das Interesse der Anrainerkommunen, angefangen von Fürstenfeldbruck, sei in München bekannt.

StR Dr. Koch präziserte, dass es ihm nicht so sehr um den Radschnellweg, dessen Umsetzung locker noch 10 Jahre benötigen werde, sondern um die fehlenden 400 m bei der Radwegeverbindung gehe.

Der Vorsitzende verneinte in dieser Beziehung Fortschritte. StR Dr. Sengl ergänzte, dass es seitens der Stadt München für einen Radweg auf der Südseite Null Bereitschaft gebe.

Der Vorsitzende beendete den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Andrea Reichel

Erster Bürgermeister